

Dipl.-Volkswirt Hans Rehm, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Öffentliche Finanzen 2002

Die vierteljährliche Kassenstatistik ist die aktuellste Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen und eine wichtige Grundlage für wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Entscheidungen. Sie bietet ein umfassendes Bild des öffentlichen Gesamthaushalts. Sie zeigt, welche Einnahmen den öffentlichen Haushalten in einer Periode zugeflossen sind, welche Ausgaben sie damit finanzierten und in welchem Umfang sie darüber hinaus auf Fremdmittel (Verschuldung am Kreditmarkt) oder „angesparte“ Eigenmittel (Rücklagen) zur Deckung des Finanzierungssaldos zurückgreifen mussten. Die Belastung der öffentlichen Haushalte künftiger Jahre aus den aufgenommenen Fremdmitteln ergibt sich aus dem öffentlichen Schuldenstand.

Die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2002 vollzog sich unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht im Jahr 2002 war gestört. Die nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz anzustrebenden gesamtwirtschaftlichen Ziele eines hohen Beschäftigungsstandes bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum wurden nicht erreicht. Ende des Jahres 2002 meldete die Bundesanstalt für Arbeit 4,2 Mill. Arbeitslose. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 10,1%¹⁾. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,2% im Jahr 2002 blieb sowohl hinter den Prognosen als auch hinter dem schon geringen realen Wirtschaftswachstum von 0,6% im Vorjahr zurück.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist von entscheidender Bedeutung für die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

der öffentlichen Haushalte. Im Jahr 2002 blieben die Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts mit 920,4 Mrd. Euro praktisch auf dem Vorjahresniveau, was im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Vorjahr stagnierenden Steuereinnahmen (einschl. steuerähnlicher Abgaben) zurückzuführen war. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte stiegen dagegen um 1,6% auf 987,1 Mrd. Euro – unter anderem aufgrund von arbeitsmarktbedingten Mehraufwendungen und unvorhergesehenen Ausgaben wie den Soforthilfen für die durch die Hochwasserkatastrophe in der Jahresmitte 2002 betroffenen Länder. Für den Bundeshaushalt und für die Mehrheit der Länderhaushalte wurden im Jahr 2002 Haushaltssperren erlassen. Zudem verabschiedeten der Bund und zahlreiche Länder wegen der zusätzlichen Belastungen Nachtragshaushalte.

Vorbemerkung

Die Kassenstatistik erfasst bei den öffentlichen Haushalten vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten sowie den Schuldenstand am Ende eines Vierteljahres. Zu den öffentlichen Haushalten zählen der Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile), die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) und die Sozialversicherung. Zu den Sondervermögen des Bundes gehören der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen, der Fonds „Deutsche Einheit“, das Bundeseisenbahnvermögen, der Erblastentilgungsfonds, der Entschädigungsfonds und die

¹⁾ Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

Versorgungsrücklage des Bundes. Der Sozialversicherung zugeordnet sind die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die Pflegeversicherung, die gesetzliche Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter, die knappschaftliche Rentenversicherung, die Altershilfe für Landwirte sowie die Bundesanstalt für Arbeit.

Die finanzstatistischen Daten werden nach den Haushaltssystematiken von Bund und Ländern sowie der Gemeinden/Gv. erfasst. Die Haushaltssystematik des Bundes und der Länder wurde Ende der 1990er-Jahre überarbeitet. Durch die zeitversetzte Einführung der neuen Haushaltssystematik in den einzelnen Haushalten zwischen 2000 und 2003 kann der Vergleich der Ergebnisse etwas eingeschränkt sein.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Die *Einnahmen* der öffentlichen Haushalte blieben laut Kassenstatistik 2002 mit 920,4 Mrd. Euro nahezu unverändert (-0,1%). Hierzu trug das gegenüber dem Vorjahr unveränderte Aufkommen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (-0,0% auf 810,8 Mrd. Euro) maßgeblich bei. Während jedoch die Steuereinnahmen des Bundes (einschl. EU-Anteile), der Länder und Gemeinden/Gv. 2002 im Vergleich zum Vorjahr rückläufig waren (-1,4% auf 440,4 Mrd. Euro), stiegen die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Sozialversicherung, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben rechnen, um 1,7% auf 368,8 Mrd. Euro.

Die *Ausgaben* der öffentlichen Haushalte beliefen sich im Jahr 2002 auf 987,1 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 1,6%. Von den großen Ausgabeblocken stiegen die Ausgaben für Sozialleistungen überdurchschnittlich um 4,5% auf 355,8 Mrd. Euro. Die

Personalausgaben nahmen um 2,2% auf 184,2 Mrd. Euro und die laufenden Sachausgaben um 1,8% auf 217,9 Mrd. Euro zu. Die Bauausgaben der öffentlichen Haushalte waren erneut rückläufig (-5,3% auf 28,1 Mrd. Euro).

Als Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben (einschließlich interner Verrechnungen) errechnet sich in finanzstatistischer Abgrenzung ein *Finanzierungsdefizit* für 2002 von 66,3 Mrd. Euro, das um 17,2 Mrd. Euro über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis lag. Der Bund wies im Berichtszeitraum ein Finanzierungsdefizit von 32,7 Mrd. Euro (+11,7 Mrd. Euro) auf. Das Finanzierungsdefizit der Länder belief sich auf 31,2 Mrd. Euro (+4,4 Mrd. Euro) und das der Gemeinden/Gv. auf 4,6 Mrd. Euro (+0,7 Mrd. Euro).

Der *Schuldenstand* der öffentlichen Haushalte erhöhte sich bis 31. Dezember 2002 um 4,2% auf 1 245,8 Mrd. Euro. Während 2002 die Kreditmarktschulden bei den Gemeinden/Gv. um 0,9% auf 82,4 Mrd. Euro stiegen, erhöhten sie sich beim Bund um 3,2% auf 719,4 Mrd. Euro und bei den Ländern sogar um 7,6% auf 384,8 Mrd. Euro.

Bund

Die *Ausgaben* des Bundes nahmen 2002 mit 5,2% gegenüber dem Vorjahr auf 279,3 Mrd. Euro relativ kräftig zu. Im Jahr 2001 hatte die Zunahme gegenüber 2000 nur 0,3% betragen.

Für Löhne und Gehälter, Beihilfen und Versorgungsbezüge gab der Bund 26,3 Mrd. Euro aus, 0,9% mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand stiegen um 2,4% auf 17,1 Mrd. Euro.

Die Zinsausgaben des Bundes waren auch im Jahr 2002 mit 37,1 Mrd. Euro rückläufig (-1,5%), sodass die Zinsausgabenquote (der Anteil der Zinsausgaben an den Ausgaben insgesamt) auf 13,3% fiel.

Kräftig erhöhten sich mit einer Zunahme um 13,4% auf 131,3 Mrd. Euro die laufenden Zuweisungen des Bundes an den öffentlichen Bereich (einschl. Schuldendiensthilfen). Ursächlich dafür war der starke Anstieg der Schuldendiensthilfen des Bundes an seine Sondervermögen von 8,2 Mrd. Euro im Vorjahr auf 10,2 Mrd. Euro im Jahr 2002. Hier wirkte sich aus, dass der Teil des Bundesbankgewinns, der dem Erblastentilgungsfonds zur Erfüllung seines Schuldendienstes zur Verfügung gestellt wurde, um 3,0 Mrd. Euro auf 7,7 Mrd. Euro zugenommen hat.

Ohne Schuldendiensthilfen stiegen die laufenden Zuweisungen des Bundes an den öffentlichen Bereich um 12,5% auf 121,0 Mrd. Euro. Hiervon flossen 86,3 Mrd. Euro an die Träger der Sozialversicherung und die Bundesanstalt für Arbeit (+10,4%).

Auch für Sozialleistungen (Renten, Unterstützungen u.Ä.) gab der Bund mit insgesamt 22,3 Mrd. Euro deutlich mehr aus (+8,0%) als im Jahr zuvor. Die Zunahme dürfte wesentlich auf die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	2002	2001	Veränderung
	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben	987 059	971 237	+1,6
darunter:			
Personalausgaben	184 208	180 246	+2,2
Laufender Sachaufwand	217 878	214 053	+1,8
Zinsausgaben	66 319	66 682	-0,5
Renten, Unterstützungen u. Ä. ...	355 844	340 469	+4,5
Baumaßnahmen	28 091	29 659	-5,3
Erwerb von Sachvermögen	10 360	10 492	-1,3
Darlehensgewährungen	8 663	9 942	-12,9
Bereinigte Einnahmen	920 360	921 670	-0,1
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	810 790	810 929	-0,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	25 778	21 181	+21,7
Gebühren u. ä. Entgelte	23 249	23 424	-0,7
Veräußerung von Beteiligungen ..	8 275	10 983	-24,7
Finanzierungssaldo ²⁾	-66 284	-49 068	X
Nettokreditaufnahme	45 468	240	X
Schuldenaufnahme	267 771	209 037	+28,1
Schuldentilgung	222 303	208 796	+6,5
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	1 245 785	1 195 723	+4,2

1) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. - 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes ¹⁾ und EU-Anteile			Sozialversicherung			Länder ²⁾		
	2002	2001	Veränderung	2002	2001	Veränderung	2002	2001	Veränderung	2002	2001	Veränderung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben	279 344	265 655	+ 5,2	34 067	38 118	- 10,6	464 180	446 876	+ 3,9	255 981	255 488	+ 0,2
darunter:												
Personalausgaben	26 986	26 807	+ 0,7	7 679	7 734	- 0,7	12 593	11 895	+ 5,9	96 878	94 492	+ 2,5
Laufender Sachaufwand	17 058	16 655	+ 2,4	- 89	- 47	+ 89,4	149 412	144 494	+ 3,4	22 181	24 423	- 9,2
Zinsausgaben	37 064	37 626	- 1,5	3 758	4 053	- 7,3	244	143	+ 70,6	20 125	19 556	+ 2,9
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	131 271	115 758	+ 13,4	730	888	- 17,8	16 444	15 629	+ 5,2	52 478	53 660	- 2,2
Renten, Unterstützungen u. Ä. ...	22 319	20 668	+ 8,0	101	116	- 12,9	294 898	282 884	+ 4,2	10 358	9 464	+ 9,4
Baumaßnahmen	5 358	5 551	- 3,5	-	-	-	210	245	- 14,3	4 792	5 440	- 11,9
Erwerb von Sachvermögen	1 387	1 354	+ 2,4	2	6	- 66,7	744	831	- 10,5	2 353	2 537	- 7,3
Darlehensgewährungen	2 729	3 185	- 14,3	3 199	4 282	- 25,3	75	63	+ 19,0	2 134	1 940	+ 10,0
Bereinigte Einnahmen	246 683	244 564	+ 0,9	42 990	43 186	- 0,5	457 105	444 078	+ 2,9	224 750	228 676	- 1,7
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben	214 367	213 350	+ 0,5	17 809	19 806	- 10,1	368 767	362 767	+ 1,7	162 354	165 941	- 2,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	11 931	9 572	+ 24,6	16	16	0,0	27	22	+ 22,7	4 062	3 409	+ 19,2
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	3 560	3 254	+ 9,4	16 597	12 361	+ 34,3	100 035	91 663	+ 9,1	39 492	38 255	+ 3,2
Veräußerung von Beteiligungen ..	5 354	7 592	- 29,5	0	-	-	0	1	-	640	1 478	- 56,7
Finanzierungssaldo ⁴⁾	- 32 728	- 21 066	X	8 923	5 068	X	- 6 616	- 2 291	X	- 31 224	- 26 856	X
Nettokreditaufnahme	31 863	- 10 238	X	- 7 838	- 4 506	X	-	-	-	20 557	14 744	X
Schuldenaufnahme	175 264	129 996	+ 34,8	24 087	22 038	+ 9,3	-	-	-	59 065	48 848	+ 20,9
Schuldentilgung	143 401	140 235	+ 2,3	31 926	26 544	+ 20,3	-	-	-	38 508	34 104	+ 12,9
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	719 399	697 290	+ 3,2	59 210	59 084	+ 0,2	-	-	-	384 772	357 683	+ 7,6

1) Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, „Versorgungsrücklage des Bundes“. – 2) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

zurückzuführen sein, die zu einer Erhöhung der vom Bund zu zahlenden Arbeitslosenhilfe führte.

Die Ausgaben des Bundes für Sachinvestitionen (Baumaßnahmen einschl. Erwerb von Sachvermögen) gingen im Berichtsjahr um 2,3% auf 6,7 Mrd. Euro zurück. Die Aufwendungen für Darlehensgewährungen verzeichneten einen kräftigen Rückgang (- 14,3% auf 2,7 Mrd. Euro), vor allem wegen der rückläufigen Inanspruchnahme von Gewährleistungen (- 17,8% auf 1,2 Mrd. Euro), die in dieser Ausgabenkategorie nachgewiesen ist.

Die *Einnahmen* des Bundes betragen im Jahr 2002 246,7 Mrd. Euro, das waren nur 0,9% mehr als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Einnahmen des Bundes aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+ 24,6% auf 11,9 Mrd. Euro) war auch im Jahr 2002 geprägt durch die Erhöhung der Ablieferung aus dem Bundesbankgewinn um 2,9 Mrd. Euro auf 11,2 Mrd. Euro, wenn sie auch deutlich geringer ausfiel als im Vorjahr (+ 4,4 Mrd. Euro).

Aus der Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben (einschl. interner Verrechnungen) des Bundes im Jahr 2002 errechnet sich ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 32,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 21,1 Mrd. Euro). Zur Finanzierung des Defizits im Jahr 2002 nahm der Bund netto, das heißt abzüglich der Schuldentilgung, 31,9 Mrd. Euro auf.

Der *Stand* seiner *Schulden* am 31. Dezember 2002 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2% auf 719,4 Mrd. Euro.

Sondervermögen des Bundes

Die *Ausgaben* der Sondervermögen des Bundes (einschl. der EU-Anteile) verringerten sich im Jahr 2002 um 10,6% auf 34,1 Mrd. Euro. Ausschlaggebend hierfür war die kräftige Abnahme der deutschen Leistungen an die Europäische Union (- 10,5% auf 17,6 Mrd. Euro). Die *Einnahmen* der Sondervermögen (einschl. der EU-Anteile) nahmen dagegen um 0,5% auf 43,0 Mrd. Euro nur geringfügig ab, sodass sich für das Jahr 2002 ein *Finanzierungsüberschuss* von 8,9 Mrd. Euro errechnet, der um 3,9 Mrd. Euro höher war als im Vorjahr.

Länder

Die *Ausgaben* der Länder blieben im Jahr 2002 mit 256,0 Mrd. Euro fast auf dem Vorjahresniveau (255,5 Mrd. Euro).

Die Personalausgaben nahmen mit + 2,5% auf 96,9 Mrd. Euro relativ kräftig zu. Ursächlich dafür war der starke Anstieg der Versorgungsbezüge (+ 5,1% auf 16,5 Mrd. Euro). Die Ausgaben für das aktive Personal stiegen dagegen vergleichsweise moderat (+ 1,9% auf 74,8 Mrd. Euro).

Beim Nachweis des laufenden Sachaufwands ist der rechnerische Rückgang (- 9,2% auf 22,2 Mrd. Euro) vornehmlich bedingt durch die andere Abgrenzung infolge der Neufassung des Gruppierungsplanes. Eine mit dem Vorjahr vergleichbare Darstellung ist nicht möglich, da die entsprechenden Positionen statistisch nicht gesondert abgreifbar sind.

Die Zinsausgaben – im Wesentlichen für aufgenommene Kreditmarktmittel – stiegen um 2,9% auf 20,1 Mrd. Euro. In den neuen Bundesländern war eine stärkere Zunahme zu verzeichnen (+4,8% auf 3,3 Mrd. Euro) als in den alten Bundesländern (+2,6% auf 16,9 Mrd. Euro).

Die laufenden Zuweisungen an den öffentlichen Bereich (einschl. Schuldendiensthilfen) gingen um 2,2% auf 52,5 Mrd. Euro zurück. Besonders stark verringerten sich die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich (–19,4% auf 6,9 Mrd. Euro) wegen der rückläufigen Steuereinnahmen, die zu einer Reduzierung der Steuerkraft der Geberländer führten und damit geringere Ausgleichszahlungen zur Folge hatten. Leicht rückläufig waren die Finanzhilfen der Länder an ihre Gemeinden (–0,3% auf 40,7 Mrd. Euro). Die Zahlungen an den Bund erhöhten sich dagegen (+10,9% auf 2,9 Mrd. Euro). Diese Zunahme ist allerdings methodisch bedingt. Dabei handelt es sich vornehmlich um Erstattungen der neuen Länder an den Bund gemäß Altschuldengesetz, die bis einschließlich 2001 als Mindereinnahmen gebucht wurden.

Ein starker Zuwachs war bei den laufenden Zuschüssen an andere Bereiche zu verzeichnen (+11,9% auf 34,9 Mrd. Euro). Hier wirkte sich die Zunahme bei den Ausgaben für Sozialleistungen (Renten, Unterstützungen u.Ä.) aus (+9,4% auf 10,4 Mrd. Euro), die auf verbesserte Leistungen infolge der BAföG-Strukturreform und der Wohngeldleistungsnovelle zurückzuführen sein dürfte. Der ausgewiesene Betrag für die Zuschüsse der Länder an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen fällt mit +21,5% auf 17,2 Mrd. Euro, vornehmlich allerdings systematisch bedingt, rein rechnerisch deutlich höher aus als im Jahr zuvor.

Die Ausgaben der Länder für Sachinvestitionen (Baumaßnahmen einschl. Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen) waren stark rückläufig (–10,4% auf 7,1 Mrd. Euro). Die Baumaßnahmen allein gingen sogar noch stärker zurück (–11,9% auf 4,8 Mrd. Euro). In den alten Ländern nahmen sie um 11,8%, in den neuen Ländern sogar um 12,1% ab.

Die *Einnahmen* der Länder verringerten sich im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 1,7% auf 224,7 Mrd. Euro. Der Rückgang war in den neuen Ländern stärker (–5,7% auf 46,5 Mrd. Euro) als in den alten Ländern (–1,4% auf 185,0 Mrd. Euro). Bestimmt wird die Entwicklung vor allem durch niedrigere Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (–2,2% auf 162,4 Mrd. Euro). Diese Einnahmen machen 72,2% der Gesamteinnahmen aus, wobei in den alten Bundesländern der Anteil (75,5%) nach wie vor höher ist als in den neuen Ländern (48,7%).

Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen der Länder (einschl. interner Verrechnungen) errechnet sich für das Jahr 2002 ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 31,2 Mrd. Euro, das damit um 4,4 Mrd. Euro höher war als im Vorjahr. Besonders stark war der Anstieg der Finanzierungsdefizite in den neuen Ländern (+3,4 Mrd. Euro auf 6,4 Mrd. Euro).

Die *Schulden* der Länder zusammen beliefen sich Ende Dezember 2002 auf 384,8 Mrd. Euro, das waren 7,6% mehr als im Vorjahr (alte Länder: +7,7%, neue Länder: +6,8%).

Sozialversicherung

Die *Ausgaben* der gesetzlichen *Sozialversicherung* stiegen im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 3,9% auf 464,2 Mrd. Euro an. Die *Einnahmen* erhöhten sich demgegenüber nur um 2,9% auf 457,1 Mrd. Euro. Dadurch nahm das *Finanzierungsdefizit* auf 6,6 Mrd. Euro zu (Vorjahr: 2,3 Mrd. Euro).

Die einzelnen Sparten der Sozialversicherung schlossen 2002 durchgehend mit einem negativen Finanzierungssaldo ab. Im Einzelnen ergab sich folgende Entwicklung:

Die Ausgaben der gesetzlichen *Rentenversicherung* stiegen mit +3,9% auf 225,2 Mrd. Euro relativ kräftig. Dies erklärt sich vor allem durch den Zuwachs des Rentenbestands um 1,5% sowie die jährlichen Rentenanpassungen zur Jahresmitte (2001: +1,91% in den alten und +2,11% in den neuen Ländern; 2002: +2,16% in den westdeutschen und +2,89% in den ostdeutschen Ländern). Dagegen nahmen die Einnahmen nur um 2,2% auf 220,5 Mrd. Euro zu. Der Anstieg resultiert insbesondere aus dem zusätzlichen Bundeszuschuss von 14,5 Mrd. Euro (+18,9%), der aus der Anhebung des Umsatzsteuersatzes um einen Prozentpunkt (seit April 1998) sowie aus der stufenweisen Erhöhung der Ökosteuer – zuletzt zum 1. Januar 2002 – finanziert wird. An Beiträgen konnten 152,8 Mrd. Euro vereinnahmt werden, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 0,5%. Aus der Differenz der gesamten Einnahmen und Ausgaben resultiert für 2002 ein Finanzierungsdefizit der gesetzlichen Rentenversicherungen in Höhe von 4,6 Mrd. Euro (2001: 0,8 Mrd. Euro).

Bei der gesetzlichen *Krankenversicherung* erhöhten sich die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 3,2% auf 141,6 Mrd. Euro. Besonders stark stiegen mit +8,0% die Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel, wohingegen die Zahlungen von Krankengeld um 2,0% auf 7,6 Mrd. Euro zurückgingen. Die Ausgaben für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken nahmen auf 22,3 Mrd. Euro zu (+3,9%), obwohl in diesem Bereich noch Anfang 2002 Einsparungen vereinbart worden waren. Die Einnahmen steigerten sich – fast parallel zu den Ausgaben – um 3,1% auf 138,6 Mrd. Euro. Insgesamt ergab sich ein Finanzierungsdefizit aller Kassen in Höhe von 2,7 Mrd. Euro (0,3 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr).

Die Ausgaben der *Pflegeversicherung* übertrafen mit einem Gesamtvolumen von 17,3 Mrd. Euro das Vorjahresergebnis um 2,7%, die Einnahmen lagen mit 17,0 Mrd. Euro um 1,0% höher. Das Finanzierungsdefizit betrug daher 0,3 Mrd. Euro, nachdem sich im Jahr 2001 nahezu ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben ergeben hatte.

Die *Bundesanstalt für Arbeit* hat mit 56,5 Mrd. Euro 7,4% mehr ausgegeben als im Vorjahr. Ursächlich hierfür sind vor allem die um 9,7% auf 27,0 Mrd. Euro gestiegenen Zahlungen für das Arbeitslosengeld sowie die mit 1,9 Mrd. Euro um 40,6% höheren Ausgaben für das Insolvenzgeld. Deut-

lich erhöhten sich weiterhin die Ausgaben für das Kurzarbeitergeld (+ 45,4% auf 0,6 Mrd. Euro) und die Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz (+ 31,2% auf 0,7 Mrd. Euro). Die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gingen dagegen kräftig um 21,6% auf 2,3 Mrd. Euro zurück. Die eigenen Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit nahmen nur um 0,4% auf 50,9 Mrd. Euro zu. Dadurch ergab sich im Jahr 2002 eine Differenz zwischen den eigenen Einnahmen und den Ausgaben in Höhe von 5,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,9 Mrd. Euro), die der Bund – gesetzlich dazu verpflichtet – durch einen Zuschuss ausglich.

Kommunale Haushalte

Die *Ausgaben* der Gemeinden/Gv. betragen im Jahr 2002 in Deutschland insgesamt 149,2 Mrd. Euro, das waren 0,9% mehr als im Jahr 2001. Am stärksten erhöhten sich die Ausgaben für soziale Leistungen mit + 3,0% auf 28,2 Mrd. Euro. Bedingt durch Schwankungen im Zahlungsrhythmus ist dieser Anstieg sogar noch etwas unterzeichnet. Die laufenden Sachaufwendungen nahmen um 2,8% auf 29,3 Mrd. Euro zu, für den Erwerb von Sachvermögen wendeten die Kommunen 5,9 Mrd. Euro und damit 1,9% mehr als 2001 auf. Die kommunalen Personalausgaben lagen mit 40,1 Mrd. Euro um 1,9% über dem Vorjahreswert, wobei sie allerdings in den neuen Ländern nochmals leicht um 0,1% auf 7,3 Mrd. Euro zurückgingen.

Die Zinsaufwendungen der Gemeinden/Gv. reduzierten sich um 3,3% auf 5,1 Mrd. Euro.

Die *Einnahmen* der Gemeinden/Gv. stiegen im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,4% auf 144,5 Mrd. Euro an. Bei den kommunalen Steuereinnahmen ergab sich allerdings erneut ein Rückgang um 3,2% auf 47,5 Mrd. Euro. Von den Steuerarten wies die Gewerbesteuer nach Abzug der Gewerbesteuerumlage mit – 7,9% auf 15,8 Mrd. Euro den stärksten Einbruch auf. Weit weniger stark fiel der Rückgang beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 0,9% auf 20,2 Mrd. Euro aus. Bei den Grundsteuereinnahmen ergab sich ein Zuwachs um 1,7% auf 8,3 Mrd. Euro.

Außer den Steuern waren auch die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten rückläufig. Sie lagen bei 16,1 Mrd. Euro und damit um 2,7% unter dem Vorjahresbetrag, was in erster Linie auf die rechnermäßige bzw. rechtliche Verselbstständigung weiterer kommunaler Einrichtungen zurückzuführen sein dürfte.

Die Entwicklung bei der Veräußerung von Beteiligungen durch die Kommunen zeigte – bei einem allerdings vergleichsweise geringen Volumen – gegenüber 2001 nochmals eine kräftige Steigerung um 19,3% auf 2,3 Mrd. Euro. Die laufenden Zuweisungen vom öffentlichen Bereich lagen mit 72,0 Mrd. Euro um 2,1% über dem Vorjahresniveau, die für die kommunalen Investitionen sehr bedeutsamen Landeszuweisungen für Investitionen stiegen dagegen nur geringfügig um 0,7% auf 7,9 Mrd. Euro.

Der Strukturvergleich zwischen den Gemeinden/Gv. der alten und der neuen Bundesländer weist sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen noch große Unterschiede aus. Nach wie vor liegt der Anteil der öffentlichen Zuweisungen bei den Kommunen in den neuen Ländern mit 76,1% der gesamten Einnahmen erheblich über dem Vergleichswert der Gemeinden/Gv. in den westdeutschen Ländern (51,9%). Umgekehrt standen bei den Steuereinnahmen einem Anteil von 36,3% in den westdeutschen Gemeinden lediglich 16,2% im Osten Deutschlands gegenüber. Auf der Ausgabenseite ergab sich der größte Unterschied bei den Bauinvestitionen, die im Osten mit 16,7% einen deutlich höheren Anteil als im Westen (10,9%) aufwiesen.

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnet sich für alle Gemeinden/Gv. im Jahr 2002 ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 4,6 Mrd. Euro. Der Fehlbetrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mrd. Euro erhöht. Bei den Kommunen in den neuen Ländern betrug das Defizit im Jahr 2002 0,2 Mrd. Euro gegenüber 0,5 Mrd. Euro ein Jahr zuvor.

Aufgrund der insgesamt ungünstigen Finanzentwicklung ergab sich bei den Kommunen eine Nettokreditaufnahme von knapp 1 Mrd. Euro. Der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. am Kreditmarkt lag mit 82,4 Mrd. Euro zum Jahresende 2002 um 0,7 Mrd. Euro über dem Vorjahresbetrag. [\[U\]](#)

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	2002	2001	Veränderung
	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben	149 200	147 888	+ 0,9
darunter:			
Personalausgaben	40 072	39 319	+ 1,9
Laufender Sachaufwand	29 317	28 528	+ 2,8
Zinsausgaben	5 130	5 304	- 3,3
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich	36 745	35 526	+ 3,4
Renten, Unterstützungen u. Ä. ...	28 168	27 337	+ 3,0
Baumaßnahmen	17 731	18 424	- 3,8
Erwerb von Sachvermögen	5 874	5 765	+ 1,9
Bereinigte Einnahmen	144 540	143 954	+ 0,4
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	47 493	49 065	- 3,2
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	72 025	70 540	+ 2,1
Gebühren u.ä. Entgelte	16 092	16 540	- 2,7
Veräußerung von Beteiligungen ..	2 281	1 912	+ 19,3
Finanzierungssaldo ²⁾	- 4 639	- 3 923	X
Nettokreditaufnahme	886	240	X
Schuldenaufnahme	9 354	8 154	+ 14,7
Schuldentilgung	8 468	7 914	+ 7,0
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	82 404	81 665	+ 0,9

1) Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 2) Einsch. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Die kommunalen Bauausgaben fielen mit 17,7 Mrd. Euro um 3,8% niedriger aus als im Jahr 2001, wobei der Rückgang in den neuen Ländern mit 5,8% deutlich stärker war.

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: N. N.
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt